

Garantierte Existenzsicherung: neue soziale Frage? Varianten eines Grundeinkommens im Kontext des globalen und ökologischen Wandels

Von Ueli Mäder

Aktuelle Debatten über eine garantierte Existenzsicherung gehen von einer technologisch bedingten Steigerung der Produktivität und einem Rückgang der Erwerbsarbeit aus. Sozialstrukturanalysen konzentrieren sich auf soziale Lagen und Milieus. Prozesse der sozialen Integration und des Ausschlusses gelten als neue soziale Frage. Diese scheint weniger durch die materielle Not geprägt zu sein als die alte Armuts- bzw. Arbeiterfrage. Aber damit sind frühere Analysen sozialer Klassen keineswegs passé, welche die vertikale Schichtung betonen. Die Forderung, Arbeit und Einkommen zumindest teilweise voneinander zu entkoppeln, ist sinnvoll, aber kein Ersatz für eine bessere Verteilung und Entlohnung der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Wichtig sind globale Verbindlichkeiten, die den sozialen Ausgleich und die Regeneration der Umwelt ermöglichen.

Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial, noch national gebunden ist. Zivilgesellschaftliche Ansätze postulieren eine sozial verträgliche Globalität, die Ausgrenzung und Isolation verhindert. Die Globalisierung ist ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des politischen und gesellschaftlichen Korrektivs eher ab. Soziale Verbindlichkeiten und institutionelle Kontrollen weichen sich auf. Das führt zu Verunsicherungen, die autoritäre Kräfte stärken.

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken - im Vergleich - jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele „Entwicklungsländer“ mit mehr Exporten weniger Erlös. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Rationalisierungsdruck und - wegen der einseitigen Verteilung - die Erwerbslosigkeit. Das wirtschaftliche Wachstum belastet auch die Umwelt. Ein Fünftel der Menschen verbrauchen in Industrieländern vier Fünftel der Weltenergie. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie zwingen Millionen von Menschen zur Migration. Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren und nehmen an, dass der implantierte Wohlstand dann allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Mit der Verteilung hapert's. Auch bei der wirtschaftlichen Macht, die sich weiter konzentriert.

Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestandener Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit der Globalisierung formieren sich somit neue fundamentalistische Strömungen, aber zum Glück auch zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt intendieren. Dazu gehören auch soziale Bewegungen, die dem Wachstums- und Konkurrenzmodell die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen entgegen stellen.

I. Varianten eines Grundeinkommens

Anfang der 1990er-Jahre befassten sich in der Schweiz etliche Tagungen und Publikationen mit einem Garantierten Grund- oder Mindesteinkommen. Eine Variante sieht vor, allen Erwachsenen monatlich einen festen Geldbetrag zukommen zu lassen; eine andere plädiert für eine negative Einkommenssteuer. Diese nimmt, über die Steuererklärung erhoben, eine Umverteilung von höheren zu tieferen Einkommen vor. Beide Varianten gerieten bald stark in die Kritik. Wenn wir allen Erwachsenen einen bestimmten Geldbetrag überweisen, lautete ein Einwand, dann unterstützen wir vor allem auch jene (mit der Giesskanne), die das Geld gar nicht benötigen. Und andere, die über kein Einkommen verfügen, kommen mit dieser knappen finanziellen Unterstützung nicht aus. Diese Kritik schien die erste Variante zu entkräften. Ähnlich erging es der zweiten Variante, der negativen Einkommenssteuer. Kritiken attestierten ihr zwar, einfach und unbürokratisch zu sein, verwiesen aber auf die derzeitigen Rahmenbedingungen bzw. die Gefahr, mit einem tieferen finanziellen Ansatz die aktuellen Existenzminima und Standards der sozialen Sicherung zu unterlaufen.

Eine dritte Variante eines garantierten Mindesteinkommens (GME) sah vor, die bestehenden Ergänzungsleistungen zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) und zur Invalidenversicherung (IV) auf weitere sozial Benachteiligte oder sogar auf alle Haushalte mit zu wenig Einkommen auszuweiten. Sie gilt als realistisch und steht heute im Vordergrund der Debatte, wobei die beiden andern Varianten auch wieder intensiv diskutiert werden. So änderte beispielsweise André GORZ, der prominenteste Vertreter einer radikalen Arbeitszeitverkürzung¹, seine Auffassung über die Grundsicherung. Er postulierte in seinen letzten Lebensjahren ein bedingungsloses Grundeinkommen. Diese rigorose Form der Existenzsicherung garantiert allen Bürgerinnen und Bürgern eine gesetzlich festgelegte und für alle gleiche finanzielle Zuwendung. Die Höhe sollte so bemessen sein, dass sie den Grundbedarf abdeckt und im Sinne eines Anspruchs keine Gegenleistung erfordert.² Sozialphilosoph André GORZ kam 1923 zur Welt. Am 22. September 2007 verabschiedete er sich mit seiner schwerkranken Frau Dorine zusammen freiwillig vom Leben. Kurz danach erschien sein letztes Buch in deutscher Übersetzung.³ Ich gehe hier zunächst auf das Postulat ein, die Erwerbsarbeit und das Einkommen voneinander zu entkoppeln, und überlege dann, was das für den sozialen Zusammenhalt und die Verminderung der Umweltbelastung bedeuten könnte. Dabei interessiert auch die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Sie kennzeichnet die neue soziale Frage und impliziert das Anliegen, die soziale Integration durch den Ausschluss von der Erwerbsarbeit zu fördern. Beim Versuch, eine Antwort zu finden, knüpfte ich an zwei Debatten an, die ich unter anderem in Ausgaben der Zeitschrift FAMRA über die Existenzsicherung von Familien⁴ und die Schweizerische Sozialpolitik⁵ erörterte.

II. Arbeit zwischen Misere und Utopie

Wer vor hundert Jahren in der Schweiz geboren wurde, lebte etwa 440'000 Stunden. Ein Viertel davon war Erwerbszeit. Wer heute zur Welt kommt, hat 700'000 Stunden vor sich. Das sind rund achtzig Jahre. Die Erwerbszeit macht inzwischen weniger als einen Zehntel der Lebenszeit aus. Früher lag ihr Anteil bei einem Drittel. Die radikale Verkürzung der

¹ GORZ, Abschied vom Proletariat, Berlin 1980.

² GORZ, Misères du présent, Paris 1997.

³ GORZ, Brief an D. Geschichte einer Liebe, Zürich 2007 (erschien unmittelbar nach dem Tod).

⁴ MÄDER, Familien unter Druck - was hilft? FAMRA, 3/2000, 434-455.

⁵ MÄDER, Sozialpolitischer Vergleich: Schweiz - Deutschland. FAMRA, 1/2006, 13-32.

Erwerbsarbeit öffnet uns, so André GORZ, ungeahnte Möglichkeiten.⁶ Doch je knapper die Erwerbsarbeit wird, desto mehr klammern sich Werktätige daran. Mit der Verteilung der Arbeit hapert's. Die einen haben zuviel, andere zu wenig. Umso absurder ist es, Erwerbslose zu zwingen, künstliche Arbeiten oder billige Jobs anzunehmen. André GORZ kritisiert dieses Ansinnen.⁷ Statt die Arbeitsgesellschaft bloss umzugestalten, will er mit ihr brechen. GORZ fordert, Arbeit und Einkommen radikal voneinander zu entkoppeln. Sein Postulat basiert auf der Annahme, dass der Zerfall der Lohnarbeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Wenn moderne Technologien die menschliche Arbeitskraft ersetzen, dann ist - so GORZ - Vollbeschäftigung auch deshalb eine Illusion, weil in den kommenden funfundzwanzig Jahren 1200 Millionen Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Erwerbsarbeit bleibt zwar nötig, wird aber randständig. Die Mehrheit der Arbeitswilligen sind für die Weltwirtschaft überflüssig. Das Kapital dringt in die hintersten Schlupfwinkel vor. Es entmachtet die Politik. Der Sozialstaat wird zum Kapitalstaat. Die Einkommen aus Vermögen und Gewinnen übersteigen jene aus der Erwerbsarbeit. Sie sind aber von Steuern weitgehend befreit. Während der Reichtum von unten nach oben fließt, erhalten die flexibilisierten Einzelwesen immer mehr Lasten aufgebürdet. Individuelle Abmachungen ersetzen kollektive Tarifverhandlungen. Die postulierte Selbständigkeit verkommt (unter post-fordistischen Bedingungen) zur neuen Abhängigkeit. Die Prekarisierung der Arbeit betrifft immer mehr Menschen. Der geschwächte Staat entzieht sich seiner Verantwortung. Soziale Verbindlichkeiten weichen sich auf. Die Gesellschaft ist kein kohärentes Ganzes mehr. Das Individuum ist sich selbst ausgeliefert. Der Kapitalismus untergräbt seine eigene Grundlage. Mit Flickwerk ist da wenig anzurichten. Reformen federn den Niedergang bloss ab. Notwendig ist ein radikaler Bruch mit der Erwerbsgesellschaft. GORZ trat bereits früher für ein Recht auf ein garantiertes Einkommen ein, verknüpfte damit aber eine Pflicht zur Arbeit. In seiner letzten Lebensdekade forderte er ein bedingungsloses Grundeinkommen - jenseits der Lohngesellschaft. Ich komme darauf zurück.

III. Arbeit und Einkommen entkoppeln

Im Kern geht es bei allen Varianten eines garantierten Grundeinkommens darum, Arbeit und Einkommen voneinander zu entkoppeln. Ich gehe im Folgenden kurz auf einen Vorschlag ein, an dem sich in der Schweiz aktuelle politische Umsetzungsversuche orientieren, die Ergänzungsleistungen zumindest auf Haushalte mit Kindern auszuweiten. Danach diskutiere ich einzelne Argumente und Überlegungen, die für oder gegen das Prinzip einer Entkoppelung sprechen. Dies unabhängig von der konkreten Ausgestaltung. Wesentliche Überlegungen gelten für unterschiedliche Varianten eines Grundeinkommens.

1. Alte Modelle

Ein recht umfassendes Modell für ein GME liegt seit geraumer Zeit von einer Arbeitsgruppe der Sozialpolitischen Kommission der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS) vor.⁸ Der Grundsatz lautet, wie die Koordinatorinnen ausführen: Alle in der Schweiz wohnhaften Erwachsenen haben Anspruch auf ein GME, das zusammen mit ihrem autonomen Einkommen ihren finanziellen Existenzbedarf deckt. Die Berechnung erfolgt nach Haushalt. Zwei Personen, die zusammenleben, erhalten keine zwei vollen Einkommen. Nach einer

⁶ GORZ, *Wege ins Paradies*, Berlin 1984.

⁷ GORZ, *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt 2000 (Orig. *Misères du présent*, Paris 1997).

⁸ LEUZINGER-NAEF/ECOFFEY, *Grundeinkommen*, Bern 1992.

Anreiz-Variante sind alle anspruchsberechtigt. Eine davon abweichende Katalog-Variante schränkt den Kreis der möglichen Anspruchsberechtigten ein. In Frage kommen lediglich jene, die unfreiwillig erwerbslos sind, zu wenig verdienen, bereits heute Sozialleistungen beziehen, eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit wie Betreuungsarbeiten verrichten und eine anerkannte Aus- oder Weiterbildung besuchen. Kein Anspruch hat, wer erwerbsfähig ist und eine Arbeit ablehnt, die der eigenen Qualifikation entspricht. Bei beiden Varianten gilt ein rechtlicher Anspruch auf Leistungen. Beiden gemeinsam ist auch die Verknüpfung mit Angeboten der beruflichen Eingliederung. Die während Jahrzehnten hart erkämpften Sozialleistungen sollen keinesfalls ersetzt oder unterlaufen werden. Unterstützung erhält, wer sie beantragt und die erwähnten Bedingungen erfüllt. Notwendig ist eine gute Information über alle Angebote. Die Finanzierung soll über die progressiven Steuern erfolgen. Die Kosten werden auf weniger als 1% des Bruttosozialproduktes geschätzt. Was die Festlegung der GME-Höhe betrifft, sieht die Arbeitsgruppe zwei Möglichkeiten. Die eine legt die Grenze bei 60% des durchschnittlichen Einkommens der Wohnbevölkerung fest. Die andere geht von der Mindesthöhe der Ergänzungsleistungen aus.

2. Debatte

Ich diskutiere im Folgenden ein paar Argumente, die häufig für oder gegen eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen angeführt werden. Dabei gehe ich davon aus, dass ein GME die bisherigen Sozialleistungen nicht unterläuft, sondern ergänzt und möglichst allen Erwachsenen mit zu wenig Einkommen zugänglich ist. Zwar lassen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende benennen, die derzeit am meisten auf ein GME angewiesen wären. Die Typologien sozial Benachteiligter ändern sich aber mit konjunkturellen Schwankungen und vor allem mit dem strukturellen Wandel und der Pluralisierung der Lebensstile.

a) Unbürokratische Überbrückung

Das Konzept des GME geht davon aus, dass materielle Anreize die Erwerbstätigkeit nur beschränkt stimulieren. Viele Erwerbslose strengen sich enorm an, um eine Arbeitsstelle zu finden. Sie wollen Verantwortung übernehmen und soziales Prestige erlangen. Die Erwerbstätigkeit dürfte laut GORZ auch nach Einführung eines GME weiterhin ihren hohen Stellenwert behalten, wobei Einbussen aus ökologischen Gründen sogar wünschenswert wären. Ein GME könnte zudem dazu führen, wenig attraktive Arbeiten besser zu entlohnen und zu verteilen. Ich halte das für wünschenswert. Allerdings könnten dann Unternehmen die Leistungsschwachen entlassen, den Ausschluss weiter forcieren und die Zwei-Drittels-Gesellschaft stabilisieren. Diese Gefahr der Desintegration besteht. Für die berufliche und soziale Integration sind deshalb weitere Anstrengungen nötig. Immerhin gewährt das GME unbürokratische Überbrückungshilfen. In etlichen Fällen lassen sich dadurch einseitige Abhängigkeiten verhindern. Wer in eine Krise gerät und über keine finanziellen Reserven verfügt, muss nicht zuerst unter das Existenzminimum fallen, um Unterstützung zu erhalten. Der Rechtsanspruch trägt dazu bei, Menschen weniger zu stigmatisieren, die auf Hilfe angewiesen sind.

Das GME erweitert persönliche Entscheidungsmöglichkeiten. Es entlastet von einem Anpassungsdruck, der dazu führt, dass sich sozial Benachteiligte gegenseitig aufreiben, statt sich miteinander zu solidarisieren. Soziale Risiken werden auf die ganze Gesellschaft verteilt. Die Rückendeckung animiert die Individuen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Sie ermöglicht es, Kräfte gezielt und konstruktiv einzusetzen. Somit relativiert das GME die

einseitige Erwerbsorientierung, die soziale Fertigkeiten verkümmern lässt. Es vermindert psychosomatische Erkrankungen. Wer Freiräume hat, leidet weniger. Das GME entlastet auch die Sozialhilfe von der Sachhilfe. Aufwändige Abklärungen über die Anspruchsberechtigung entfallen. Geld lässt sich so weniger als Machtmittel einsetzen. Die Sozialarbeit kann sich mehr auf präventive Tätigkeiten und die soziale Integration konzentrieren.

Unter heutigen Bedingungen lassen sich mit einem Grundeinkommen aber auch die (Miet-)Preise erhöhen. Der Staat muss die Differenz übernehmen. Ohne Wirtschaft und Gesellschaft weiter zu demokratisieren, ist ein Grundeinkommen von beschränkter Reichweite. Damit Menschen möglichst selbst ihre Existenz sichern können, sind vor allem auch höhere Mindestlöhne erforderlich. Weithin akzeptiert sind die Ausdehnung der Sozialversicherungen auf Betreuungsaufgaben und ein Recht auf (sinnvolle) Arbeit. Aber da würde nun André GORZ widersprechen.

b) Multiaktives Leben

Das vorbehaltlose Grundeinkommen ermöglicht selbstbestimmte Tätigkeiten, die sich, so GORZ, der Verberuflichung, Vergeldlichung und wohlfahrtsstaatlichen Kontrolle entziehen. Neue soziale Bewegungen leisten autonome, Bedürfnis orientierte Selbsthilfe. Kooperationsringe und zivilgesellschaftliche Einrichtungen vernetzen sich weltweit. Sie unterlaufen die Herrschaft des Kapitals. Zeitsouveränität ist Macht. Das garantierte Einkommen bannt die Gefahr diskontinuierlicher Arbeit. Es ermöglicht eine andere Gesellschaft, die den Kapitalismus und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung überwindet.

Die Befreiung der Arbeit vom Lohnsystem stimuliert eine Freiwilligkeit, die keine Tugend aus der Not ist. Sie erlaubt ein multiaktives Leben und fördert die Integration in zivilgesellschaftliche Beziehungsnetze. Die Vielfalt erhöht die individuelle Gestaltungsfreiheit. Flexibilität erweist sich unter diesen Bedingungen als Quelle der Sicherheit. Der Ausgleich des gesellschaftlichen Reichtums macht das Sozialprodukt zum wirklichen Gemeingut. Die global orientierte Politik der ökologischen Modernisierung greift auf lokale, regenerierbare Ressourcen zurück. Sie weitet die Subsistenz- und Tauschproduktion aus, profitiert aber davon, dass sich in andern Wirtschaftszweigen die Wertschöpfung mit weniger Arbeitseinsatz steigern lässt.

c) Sicherung vereinfachen

Als nicht effizient bezeichnen einzelne Wirtschaftsvertreter unser System der sozialen Sicherheit. Egal ob benötigt, bestünden allgemeine Rechtsansprüche auf Sozialleistungen. Die Dekretierung sozialer Rechte verdränge die Selbsthilfe. Notwendig sei eine konsequentere Anwendung des Bedarfsprinzips. Bei den Sozialversicherungen drängt sich wohl eine Ergänzung des Kausalprinzips durch ein Finalprinzips auf, das den Menschen in allen Lebenssituationen ein angemessenes Existenzminimum ermöglicht und die Existenzsicherung als Grundrecht garantiert. Das Kausalprinzip deckt nur bestimmte Risiken ab. Das gilt für das Alter, den Tod, die Arbeitslosigkeit, einzelne Familienlasten sowie Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität. Strukturelle Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit bleiben den Einzelnen und der Sozialhilfe überlassen. Dazu gehören Dauerarbeitslosigkeit, Langzeitkrankheit, Frühinvalidität, Wohnungsnot sowie die Absicherung von Betreuungs- und Hausarbeit.

Das Kausalprinzip bedeutet, dass die Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung sowie die Höhe der Leistungen für jeden Risikotyp in einem eigenen Verwaltungssystem geregelt

werden. Innerhalb dieses Systems überschneiden sich die Tätigkeiten. Viel Zeit und Geld werden für Abklärungs- und Begrenzungsfragen benötigt. Die Stärkung der Solidarität spart Kosten. Sie reicht über die bedarfsorientierten Leistungen der Sozialhilfe hinaus. Eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf wirtschaftlich Schwache und sozial Benachteiligte verbessert die Grundsicherung. Sie knüpft an das bestehende System der sozialen Sicherung an und verhindert, dass die bestehenden Leistungen unterlaufen werden. Dieser Vorteil überwiegt den Nachteil, weiterhin auf ein System zu setzen, das recht kompliziert ist. Vereinfachungen sind allerdings auch unter den gegebenen Voraussetzungen möglich.

d) Neue Beziehungsqualität

Ich halte die von GORZ vertiefte Debatte über das Grundeinkommen für wichtig. Sie dynamisiert die langwierige Diskussion über die kleinen Reformen der Sozialversicherungen. Auch wenn noch viele Fragen offen sind, lassen sich erste Schritte bereits heute einleiten. Ich denke an die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf einkommensschwache Haushalte. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Sie gibt heute rund ein Drittel des Bruttoinlandproduktes für die Sozialleistungen aus und befindet sich damit im Durchschnitt der europäischen Länder. Wenn die Sozialversicherungen im Jahr 2010 eine Finanzierungslücke von vier Milliarden Franken aufweisen, entspricht dieser Betrag einem Promille der Vermögen, die derzeit auf Schweizer Banken lagern. Der Ansatz von GORZ weist indes weit über die Verteilungsfrage hinaus. Er beinhaltet eine neue Beziehungsqualität.

Die gelebte Solidarität hält auch Abstand zu all jenen gemeinschaftlichen Konzepten, die keine Widersprüche zulassen und sich möglichst flächendeckend verbreiten wollen. Das macht GORZ im Anhang zur Gemeinschaft und Gesellschaft deutlich. Seine konkrete Utopie einer vorbehaltlosen Grundsicherung trägt im Blochschen Sinne dazu bei, jene Distanz zu schaffen, die es uns möglich macht, unser Handeln besser im Lichte dessen zu beurteilen, was wir tun könnten oder sollten. Als zentral erweist sich dabei die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Sie wird heute als neue soziale Frage diskutiert, die weit über die materielle Existenzsicherung hinaus reicht und die Hoffnung aufkommen lässt, die soziale Integration durch den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit zu verbessern.

IV. Soziale Differenzierung

Die aktuelle Forschung über die Existenzsicherung befasst sich intensiv mit Fragen der Integration und des Ausschlusses im Kontext neuer sozialer Differenzierungen. Die beiden Begriffe deuten an, dass die Existenzsicherung weit über die finanzielle Versorgung hinaus reicht. Relationale und soziale Bezüge stehen im Vordergrund. Neue soziale Differenzierungen verändern im Kontext der Individualisierung alte Klassen- und Schichtkonzepte. Aber wie? Geschieht dies in ergänzender oder ersetzender Weise? Kennzeichnen Prozesse der (Des-)Integration und des Ausschlusses eine neue soziale Frage, die weniger stark durch die materielle Not geprägt ist als die alte?

Der Ausschluss gilt weithin als neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Er dokumentiert eine besondere Form der sozialen Ungleichheit. Aber sind damit frühere Klassenanalysen passé, welche die alte soziale Frage als Arbeiter- und Armutsfrage verstanden? Das ist eine zentrale Frage, wenn wir neue Konzepte der Existenzsicherung diskutieren. Ich tue dies in sechs Schritten. Ich beziehe mich erstens auf eigene empirische Untersuchungen, insbesondere auf unsere Studie zur Dynamik von Integration und Ausschluss, und referiere zweitens, wie verschiedene theoretische Ansätze die neue soziale Frage des Ausschlusses thematisieren. Auf diesen Grundlagen frage ich drittens, inwiefern

sich ein Diskurswandel feststellen lässt und wie dieser mit sozialstrukturellen Veränderungen korrespondiert. Viertens skizziere ich mit Bezug auf den Ansatz von Pierre BOURDIEU ein dynamisches Konzept, das vertikale und horizontale Gliederungen integriert und mehrdimensional verortet. Daran schliesst fünftens mein empirisch unterlegter Versuch einer Synthese an, die ich sechstens auf die Ausgangsfrage bzw. die Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen beziehe.

Vorab noch zu den Begriffen: Ich verstehe die Integration zunächst als einen Prozess des Einbezugs in ein Geflecht sozialer Beziehungen. Die Partizipation ermöglicht den Individuen die aktive Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Gefüge. Zur Integration gehört der Ausschluss. Er bezieht sich auf gegenläufige Prozesse der Loslösung und Entkoppelung. Diese Dissoziation geschieht oft unfreiwillig. Sie kann aber auch von den Akteurinnen und Akteuren gewollt sein.

1. Stigmatisierung durch Segmentierung?

Im Rahmen des Nationalfondsprogramms über Integration und Ausschluss (NFP 51) untersuchten wir, wie sich die Kategorisierung auswirkt, nach welcher die Sozialhilfe ihre Klientel einteilt.⁹ Wir analysierten, wie die Sozialhilfe ihre Klientinnen und Klienten in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Fribourg segmentiert. Dabei interessierten: die Kriterien der Segmentierung und deren Auswirkung auf die berufliche und soziale Integration. Im Vordergrund stand die Annahme, dass die Verbesserung der Existenzsicherung über eine Segmentierung der Klientel die Gefahr beinhalten könnte, sozial Benachteiligte über die Verortung in unterschiedlich geförderte Kategorien zu stigmatisieren.

Konkret befassten wir uns mit der Segmentierung der Sozialhilfeklientel auf drei Ebenen: erstens auf der Ebene der Diskurse, zweitens auf der Ebene der Institutionen und drittens auf der Ebene der konkreten Erfahrungen und Sichtweisen von Betroffenen. Die Diskursanalyse gibt Aufschluss über die Konzepte der Segmentierung. Offene Interviews mit Fachleuten der Sozialpolitik, der Behörden und der Sozialen Arbeit gewähren ferner einen Einblick in die Praxis der Segmentierung. Interviews mit Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe vermitteln zudem Hinweise auf die Wirkung der Segmentierung. Einen wichtigen Kontext bildet der sozio-ökonomische Strukturwandel. Die Erosion der Vollbeschäftigung und Einkommensungleichheit verstärken derzeit den (Veränderungs-)Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und die Sozialhilfe. Unsere Forschungsergebnisse sollen daher die sozialpolitische Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Sozialhilfe fundieren und die professionelle Praxis der Sozialarbeit qualifizieren. Soviel zur Studie. Ich greife hier einen wichtigen Aspekt daraus auf. Er deutet darauf hin, wie eng Prozesse der Integration und des Ausschlusses miteinander verknüpft sind und die Frage der Existenzsicherung prägen. Zum einen gibt es neue Formen der sozialen Integration durch den beruflichen Ausschluss, weil Betroffene mehr Zeit für sich und ihre sozialen Beziehungen haben. Zum andern gibt es auch neue Formen des sozialen Ausschlusses durch die berufliche Integration. Diese lassen sich etwa dann feststellen, wenn sich die berufliche Integration in prekäre Arbeitsbereiche mit geringer sozialer Sicherheit vollzieht.

2. Integration durch Ausschluss?

Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Wer zu dieser

⁹ MÄDER/KUTZNER/KNÖPFEL, Sozialhilfe in der Schweiz: Integration und Ausschluss durch Segmentierung von KlientInnen. Wissenschaftliche Mitarbeit: BOSS/HEINZMANN/PAKOČI.

ersten Gruppe gehört, erhält weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn die Erwerbsintegration zustande kommt. Die finanziellen Anreize erweitern den Handlungsspielraum. Etliche Sozialhilfeabhängige schätzen das. Sie fühlen sich ernst genommen, stärker beachtet und akzeptieren mögliche finanzielle Einbußen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Sie erleben unter diesen Bedingungen selbst die erfolgreiche Erwerbsintegration als Ausschluss. Denn diese findet primär im prekären Niedriglohnssektor statt, was soziale Beziehungen belastet und zu einem (Teil-)Ausschluss durch Integration führen kann.

Eine zweite Gruppe bilden die Personen, die zwar nicht mehr für den ersten Arbeitsmarkt infrage kommen, aber für den zweiten, geschützten Arbeitsmarkt oder für Gegenleistungsmodelle. Bei den Gegenleistungen hängt die Unterstützung von der Bereitschaft ab, eine sozial, kulturell oder ökologisch relevante Arbeit zu verrichten. Ich gehe hier nicht weiter auf diesen speziellen Integrationstyp ein.

Eine dritte Gruppe bilden Sozialhilfeabhängige, die sich laut Sozialhilfe weder in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können, noch in der Lage sind, als Gegenleistung für ihre Unterstützung gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten. Sie erhalten das Geld nun mit weniger Auflagen. Den einen entspricht diese Vereinfachung. Sie können auf pro forma Bewerbungen verzichten und mehr das tun, was sie gerne tun. Der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit gibt ihnen die Möglichkeit, sich um ihre soziale Integration zu kümmern. Der Ausschluss fördert also ihre Integration. Das scheint widersprüchlich zu sein, hat aber eine eigene Logik. Dazu ein Beispiel: Ein Journalist, der psychisch erkrankt ist, kann nun dank der Verortung in diese «Gruppe der Abgeschobenen» interessante Geschichten schreiben, statt «Kurzmeldungen für den Medienmarkt zu produzieren». So seine Erklärung. Diese Erfahrung ist für die Debatte über Konzepte eines GME von zentraler Bedeutung. Andere, die zu dieser dritten Gruppe der Ausgemusterten gehören, suchen indes verzweifelt einen richtigen Job. Sie wehren sich gegen die vorgenommene Kategorisierung, die sie als Stigmatisierung erleben. «Ich will Arbeit und keine Rente», sagt eine gut fünfzigjährige Bezügerin von Sozialhilfe. Sie spricht mehrere Sprachen, hat schon zwei Bücher publiziert und versteht nicht, warum ihr «die Behörden eine richtige Arbeit verwehren». Sie erlebt den Ausschluss nicht als Chance zur sozialen Integration, obwohl sie gerne Bilder malt und ausstellt, aber das «lieber nur als wirkliche Freizeitbeschäftigung».

Ich versuche nun zunächst weiter zu präzisieren, was konzeptionell mit den beiden Begriffen Integration und Ausschluss gemeint ist, die einander oft entgegen gesetzt werden. Ein präziseres Verständnis ist wichtig, weil Analysen der Existenzsicherung auf diese Termini rekurren. Aber wie? Eine fragmentarische Skizze mag dokumentieren, wie unterschiedlich die empirischen und theoretischen Konzepte sind, die sich hinter den Definitionen verbergen.

3. Gegenläufige Prozesse

Die schwierig operablen Begriffe Integration und Ausschluss umreißen laut Martin KRONAUER¹⁰ eine der kritischsten Problemlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung. Kontroversen beziehen sich auf die Fragen, wie sich die soziale Integration fassen lässt: Geht es um gesellschaftliche Stabilität (Systemtheorie) oder um die Teilhabe von Individuen an politischen Prozessen (Armutsforschung)? Und impliziert der Ausschluss eine Abkehr von der Gesellschaft, als ob sich das Innen vom Aussen klar abgrenzen liesse? Der Begriff Ausschluss hat den Vorteil, dass er das Prozesshafte stärker akzentuiert. In der europäischen Soziologie sind allerdings die Begriffe Inklusion und Exklusion gebräuchlicher. Gemeinsame Wurzeln gehen auf klassische Ansätze zurück: beispielsweise auf Max WEBERS

¹⁰ KRONAUER, Integration und Ausschluss: Neue Formen der sozialen Ungleichheit, neue Fragen für die Forschung, Paper, Schweizerischer Nationalfonds, 12.9.2003, 1.

«soziale Schliessungen», auf Emile DURKHEIMS «Anomie» und auf Georg SIMMELS integrative Unterscheidung zwischen «Drinnen und Draussen». Georg SIMMEL (1858-1914) verfasste vor rund hundert Jahren einen «Exkurs über den Fremden» (1908/1983:509-512) und verglich den Fremden mit dem Armen¹¹. Beide, der Fremde und der Arme, befinden sich in der Gesellschaft drinnen und draussen. Sie sind drinnen und draussen, nicht drinnen oder draussen. SIMMEL nimmt hier eine Ambivalenz und Dynamik vorweg, mit der spätere Ansätze die «reflexive Modernisierung» kennzeichnen. Soziologe Ulrich BECK¹² beschreibt die «zweite Moderne» als «Epoche des Und». Das «Sowohl-als-auch» löst das «Entweder oder ab». Gleichzeitigkeiten ersetzen Ungleichzeitigkeiten. Sie überlagern scheinbar ultimative Gegensätze.

Die Begriffe Inklusion und Exklusion gehen auch auf systemtheoretische Ansätze zurück: auf Talcott PARSONS¹³ strukturell funktionale Theorie und auf Niklas LUHMANN¹⁴ Unterscheidung einer ersten und zweiten Exklusion. Die erste Exklusion ist mit der Inklusion eng verknüpft. Als Teilausschluss ermöglicht sie, wie KRONAUER¹⁵ interpretiert, eine gewisse Eigenständigkeit. Die zweite Exklusion fasst den Ausschluss kategorischer. Luhmann entdeckte sie vorwiegend in marginalisierten Bevölkerungsschichten in Lateinamerika. NASSEHI¹⁶ diskutiert die Inklusion und Exklusion ebenfalls aus systemtheoretischer Sicht. Er wendet sich dagegen, Desintegration primär als Verlustdiagnose zu betrachten.

Die dynamische Armutforschung betont soziale Faktoren der Inklusion und Exklusion. Robert CASTEL¹⁷ versteht die Exklusion als Prozess der Entkoppelung. Er nennt sie «désaffiliation». Serge PAUGAM¹⁸ spricht von «disqualification sociale». In den USA ist der Begriff «underclass» verbreitet. Er geht auf Gunnar Myrdal zurück, betont die vertikale Gliederung und wird kritisiert, selbst diskriminierend zu sein. Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton sprach von «outer class»¹⁹. Soziale Ungleichheit erscheint dabei (wieder) als dichotomes Innen und Aussen.

Die Begriffe Inklusion und Exklusion haben den Vorteil, mehrdimensional zu sein. Sie sind nach meinem Verständnis relational, interaktiv und keine Kompaktbegriffe, auch wenn sie manchmal so verwendet werden. Die Vorteile der dynamischen Begriffsfassung gelten, etwas eingeschränkt, auch für die Termini Integration und Ausschluss. Ich verwende sie hier wegen der Anschlussfähigkeit zum erwähnten Nationalfondsprogramm (NFP 51) und zur Europäischen Union, die am 1.5.1999 die «Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung» als sozialpolitische Zielsetzung beschlossen hat. Ich verwende diese Begriffe auch deshalb, weil sie gegenläufige und miteinander verschränkte Prozesse ausdrücken, welche die Dynamik der Armut prägen. Aber wie? Das ist hier weiter zu erörtern.

¹¹ SIMMEL, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1983, 509-512 (6. A., 1. 1908).

¹² BECK, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986,14.

¹³ PARSONS, The Social System, Routledge, London 1951.

¹⁴ LUHMANN, Inklusion und Exklusio“, in: DERS., Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch, Opladen 1995, 237-264.

¹⁵ KRONAUER, «Exklusion» in der Armutforschung und der Systemtheorie: Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung, SOFI-Mitteilungen, Nr. 26, Göttingen 1998, 117-126.

¹⁶ NASSEHI, Inklusion, Exklusion-Integration, Desintegration, in: HEITMEYER, Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a.M. 1997, 113-149.

¹⁷ CASTEL, Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000.

¹⁸ PAUGAM Serge, L'exclusion: usages sociaux et apports de la recherche, in: Jean-Michel Berthelot (Hg.), La Sociologie française contemporaine, Paris 2000, 155-171.

¹⁹ SILVER, Reconceptualizing Social Disadvantage: Three Paradigmas of Social Exclusion, in: RODGERS et al. (Hg.), Social Exclusion: Rhetoric, Reality, Responses, Genf 1995, 57-80.

4. Kumulation sozialer Probleme

In einer früheren Studie zur Existenzsicherung²⁰ untersuchten wir bereits die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Ich gehe hier nicht weiter darauf ein, greife aber zwei Aspekte auf, die aktuelle Befunde kontrastieren. Wir beurteilten nämlich seinerzeit die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss teilweise anders als in neueren Studien über die Sozialhilfe (NFP 51) und über die working poor (NFP 45). Damals überwog der Eindruck, bei sozial Benachteiligten seien insbesondere die working poor als erwerbstätige Arme relativ gut integriert. Sie bräuchten, nahmen wir an, wie Alleinerziehende vorwiegend Geld, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. In einer aktuelleren Studie über working poor²¹ stellen wir indes eine Kumulation sozialer Probleme fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt und selbst bei zunehmender Erwerbsintegration - gleichzeitig - gegenläufige Ausschlusstendenzen verstärkt.

Wir analysierten insgesamt die soziale Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen working poor. Bei den ehemaligen working poor, die mittlerweile ihre finanzielle Situation verbesserten, erzielte rund ein Viertel mehr Einkommen dank Weiterbildung. Ein weiteres Viertel erhöhte sein Salär mit zusätzlichen Jobs zu vorwiegend prekären Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Viertel stabilisierte seine Situation über eine Sozialversicherung (AHV, IV). Das restliche Viertel generierte mehr Einkommen durch die Veränderung der Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder auslaufende Unterstützungspflichten (Auszug von Kindern). Bei allen erwähnten Gruppen konnten sich viele Einzelpersonen und Familien auch deshalb finanziell verbessern, weil sie in kleinere, günstigere Wohnungen (in Quartieren mit hoher Verkehrsdichte) zügelten. Sie verbesserten ihre finanzielle Lage, indem sie ihre Wohnsituation verschlechterten. Die Integration in einen Bereich basierte auf dem Rückzug bzw. Ausschluss aus einem andern.

5. Soziale Brisanz

Bei der früheren Studie zur Existenzsicherung fiel uns ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. Viele fühlten sich für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns dieses Verhalten durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die Tabuisierung sozialer Benachteiligung. Die mangelnde Transparenz führt dazu, dass Betroffene nach aussen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Heute weisen indes etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in eine Empörung verwandeln. Das mag mit Schlagzeilen über «abgehobene Managerlöhne» und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zu tun haben.

Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Diese kann sich unterschiedlich auswirken. Die Empörung kann die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

²⁰ MÄDER/BIEDERMANN/FISCHER/SCHMASSMANN, Armut in Basel-Stadt, Social Strategies, Basel 1991.

²¹ KUTZNER/MÄDER/KNÖPFEL (Hg.), Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe, Zürich 2004.

6. *Kein Entweder-oder*

Von einer mechanischen Trennung ausgehend, dominierte in der Forschung über die Existenzsicherung lange ein ultimatives Entweder-oder. Die einen betonten die innere Dynamik der Armut, andere die äussere. Beide konnten sich dabei auf renommierte Vordenker berufen. Oscar LEWIS²² beschreibt als Culture of Poverty, wie subjektive Faktoren eine eigene Kultur der Armut prägen. Er unterscheidet den Lebensstil armer Menschen von dem anderer Gesellschaftsmitglieder. LEWIS stellt fest, dass sich die Lebensstile von Armen in verschiedenen Gesellschaften ähneln. Er leitet aus seinen Beobachtungen eine gemeinsame Kultur der Armut ab. Diese beinhaltet Verhaltensweisen, die gelernt und weiter vermittelt werden. Sie äussern sich in bestimmten Wertvorstellungen. Die Annahme einer Kultur der Armut geht davon aus, dass die Betroffenen in relativ geschlossenen Milieus leben, in denen jeweils eigene und spezifische Handlungsorientierungen ausgebildet sind. LEWIS interpretiert die Kultur der Armut als Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die über Sozialisation an kommende Generationen weiter gegeben wird. Auf der individuellen Ebene sieht LEWIS ein Gefühl der Abhängigkeit und Unterlegenheit, der Resignation und des Fatalismus. Hinzu kommen eine gegenwartsbezogene Sichtweise der Welt und eine Unfähigkeit, Zukunftspläne zu entwerfen und zu realisieren. Auf der gesellschaftlichen Ebene weist LEWIS auf die mangelnde Integration in das öffentliche Leben hin. Die Armen gehören selten einer Gewerkschaft oder einer anderen Vereinigung an. Sie beteiligen sich kaum an Parteiaktivitäten, besuchen keine Museen und beziehen sich stark auf die eigene Familie. LEWIS betrachtet die Kultur der Armut also nicht bloss als Reaktion der Armen auf ihre randständige Existenz in einer Gesellschaft, die durch Klassenschichtung und Individualismus geprägt ist. Die Kultur der Armut vermittelt vielmehr selbst Handlungsorientierungen, die von den Armen verinnerlicht und von einer Generation an die nächste weiter gegeben werden. Sie perpetuiert die Armut und verfestigt Merkmale zu Mechanismen, die den Fortbestand der Armut begünstigen. Fatalistische Einstellungen und resignative Verhaltensweisen erleichtern es, «die Situation so zu nehmen, wie sie nun mal ist».

Andere Forschungsarbeiten über Personen mit wenig Einkommen lassen Zweifel an der These der Kultur der Armut aufkommen. Charles VALENTINE²³ weist auf die Bedeutung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen hin. Er setzt der psycho-sozialen Hilfe die sozio-ökonomische entgegen. VALENTINE stellt fest, wie sich Arme in der Lokalpolitik engagieren, die institutionellen Angebote nutzen, Mietvereinigungen und Quartierräte bilden. Er betont, dass die Lebensstile der Armen vielfältige Unterschiede aufweisen und soziale Benachteiligungen nicht durch kulturelle Zwänge entstehen. Der Kulturbegriff impliziert, dass Armutsbetroffene ihr Verhalten über Sozialisationsprozesse verinnerlichen, gegen Wandel relativ resistent sind und sich an festen Werten orientieren. Nach Lewis wird eine Kultur der Armut zwar durch Umstände wie die Arbeitslosigkeit oder niedrige Einkommen gefördert. Wenn die Subkultur der niedrigen Einkommensgruppen aber etabliert ist, entfaltet sie eine eigene Dynamik, die auch bei veränderten Umständen bestehen bleibt, da die Kultur der Armut von den Normen und Werten der Mehrheitskultur einer Gesellschaft weitgehend abgekoppelt ist. Charles VALENTINE wendet sich indes dagegen, das Verhalten der Armen als eine Reaktion auf verinnerlichte kulturelle Muster zu interpretieren. Er versteht deren Verhalten als eine Reaktion auf strukturelle und auch auf situative Zwänge. Anders ausgedrückt: Die Armen werden durch quasi objektiv erfassbare Tatsachen wie niedrige Einkommen oder Arbeitslosigkeit gezwungen, so zu handeln, wie sie es tun. An diesem Ansatz orientieren sich Vorstellungen, die davon ausgehen, dass (erwerbstätige) Arme primär ein ergänzendes Einkommen benötigen und ihr Verhalten verändern, sobald sich die

²² LEWIS, The Culture of Poverty, in: Scientific American, 215/4, 1966, 19-25.

²³ VALENTINE, Culture and Poverty. Critique and Counter-Proposals, Chicago 1968.

Umstände verbessern. Arme orientieren sich demnach an zentralen gesellschaftlichen Normen. Sie übernehmen gängige Werte, auch wenn sie selbst nur beschränkt in der Lage sind, entsprechende gesellschaftliche Ansprüche zu erfüllen. Arme übernehmen also nach diesem Ansatz weitgehend die Einstellungen und Verhaltensweisen der «Mehrheitskultur».

7. Struktur und Kultur

Die Debatte zwischen Struktur und Kultur entbrannte neu in den 1980er Jahren. Charles MURRAY²⁴ lancierte die Offensive durch die Veröffentlichung eines provokativen Essays. Er versucht aufzuzeigen, wie die Entstehung der amerikanischen «Underclass» in den fortschrittlichen Politiken des Sozialstaats wurzelt. Die Programme zur Bekämpfung der Armut haben seiner Auffassung nach zur Folge, dass sich die Armen eben wie Unterstützte verhalten. Die Hilfe hindere sie daran, Erwerbsarbeit zu suchen oder zu heiraten, um die Verantwortung für Kinder zu teilen.

William J. WILSON²⁵ (1987) setzt dieser Einschätzung vier Thesen entgegen, um die Zunahme der Armut und der sozialen Probleme (vor allem in den schwarzen Ghettos der Vereinigten Staaten) zu erklären. Die erste These bezieht sich auf den Wandel der Arbeitsplätze. Konkret: Die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Industrie seit den 1970er Jahren tendenziell rückläufig. Das führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Viele schwarze Jugendliche, die keine Arbeitsmöglichkeiten finden, wenden sich der Kriminalität, dem Verkauf von Drogen usw. zu. Die zweite These thematisiert die abnehmende Heiratsrate (bei Schwarzen), die Murray auf die staatlichen Beihilfen für ledige Mütter zurückführt. Anders Williams. Er argumentiert mit dem sinkenden Angebot an Arbeitsplätzen. Mit dieser Verknappung nimmt auch die Zahl der «heiratsfähigen» Männer ab, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und so eine Familie ernähren können. Nach der dritten These begünstigen in den 1970er Jahren die beschleunigte Zunahme von Wohlstand und die Politik der «affirmative action» die Entstehung einer Mittelschicht (auch unter Teilen der Schwarzen), die von den Innenstädten in die Vororte zieht. Die «selektive Stadtflucht» führt zu einer zunehmenden Konzentration von Armut und sozialen Problemen in den (schwarzen) Ghettos. Nach der vierten These verleitet die sozial desorganisierte Nachbarschaft in benachteiligten Quartieren zur Nachahmung egoistischer Verhaltensweisen. So entsteht ein «pathogenes Milieu», weil alternative Integrationsmodelle fehlen. In diesem Milieu verschärfen sich soziale Probleme, die direkte sozialarbeiterische Interventionen erfordern.

Aus meiner Sicht sind die innere und äussere Dynamik der Existenzsicherung eng miteinander verknüpft. Die unterschiedlichen Zugänge von LEWIS und VALENTINE schliessen sich nicht aus. Was sich quasi drinnen und draussen vollzieht, bezieht sich dialektisch aufeinander. Das eine dokumentiert sich im andern. Und umgekehrt. Die Gleichzeitigkeit der Gegenläufigkeit hebt die Gegensätze nicht auf, verbindet sie aber. Ich halte es für wichtig, diese Dynamik zu beachten. Jean-Paul SARTRE²⁶ deutete sie bereits an. Er fragte, was der Mensch aus dem macht, was die Verhältnisse aus ihm gemacht haben. Diese Sicht ist wichtig, aber nicht selbstverständlich. Im Kontext gängiger Subjektivierung der Armut führen dominante Diskurse davon weg, die Kontexte einzubeziehen. Sie vernachlässigen das Gesellschaftliche im Individuellen. Das zeigt sich bei aktuellen Sozialstrukturanalysen und beim Wandel der Debatten über die Armut. Sie betonen die Individualisierung und verharmlosen strukturelle Voraussetzungen der sozialen Ungleichheit, die auch für neue Formen der Armut zentral sind.

²⁴ MURRAY, *Losing Ground: American Social Policy 1950-1980*, New York, 1984.

²⁵ WILSON, *The Truly Disadvantaged: The Inner City, the Underclass and Public Policy*, Chicago 1987.

²⁶ SARTRE, in: HILDENBRAND/WELTER-ENDERLIN, *Systemische Therapie als Begegnung*. Klett-Cotta 1996, 39.

8. Wandel der Diskurse

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Mitglieder einer Gesellschaft dauerhaft in unterschiedlichem Maße über notwendige oder begehrte Güter verfügen.²⁷ Es geht dabei um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung diskutiert wurde, wird heute eher selten thematisiert. In der Sozialstrukturforschung verlagert sich nach meiner Wahrnehmung der Blick von der vertikalen Schichtung zur horizontalen Gliederung. Das stellt auch Rainer GEISSLER²⁸ (2001:537) fest, der den Gewinn früherer Studien von Theodor GEIGER (1891-1952) für aktuelle Analysen sozialer Differenzierung aufzeigt. Ich komme darauf zurück. Klassenmodelle unterschieden im 19. Jahrhundert die Lohnarbeitenden vom Bürgertum nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Karl MARX (1818-1883) interessierte sich für die bewegenden Kräfte der Geschichte. Er betrachtete die Interessengegensätze als Triebkräfte des sozialen Wandels. Sein Klassenmodell ist ein Konfliktmodell. Es inspiriert, was wir heute relative Verelendung nennen. Analysen sozialer Schichten und Klassen definierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Menschen nach weiteren Merkmalen wie Beruf, Qualifikationen, Einkommen und Besitz. Angelika DIEZINGER und Verena MAYR-KLEFFEL²⁹ diskutieren diese Ansätze auch weiter führend unter dem Genderaspekt. Max Weber (1864-1920) interessierte sich für die Entstehung des Kapitalismus. Entscheidend war für ihn nicht die Dynamik des Klassenkampfes, sondern die wachsende Bedeutung der Zweckrationalität. Als Ursache der sozialen Ungleichheit sah er die Lebensführung von Menschen in sozial geschlossenen Verkehrskreisen (mit spezifisch ständischer Lage). Durch soziale Schliessung reproduzieren Menschen soziale Ungleichheit, indem sie erlangte Vorteile sichern und andern den Zugang erschweren. Theodor Geiger formulierte sein (vertikal gegliedertes) Schichtmodell nach statistischen Angaben (über Berufe, Betriebe, Einkommen). Je nach Produktionsmittelbesitz, Beruf und Bildung ergibt sich eine objektive sozio-ökonomische Lage. Sie kann die Mentalität der Menschen prägen; dies allerdings weder kausal, noch zwangsläufig. Wenn sich Lebensbedingungen und die Mentalität entsprechen, bilden Menschen eine soziale Schicht. Teile des Mittelstandes sind vor allem dann für „falsche Ideologien“ anfällig, wenn sich die Loslösung von Tradition mit wirtschaftlicher Not paart. Ralf DAHRENDORF³⁰ (2002:175ff.) geht bei seiner Differenzierung des Schichtmodells darauf ein, wie bedeutend beispielsweise soziales Prestige ist. Wiewohl nur vage fassbar, ist der Schichtbegriff seiner Auffassung nach gerade deshalb treffend, weil er nahe bei der Bewertung sozialer Ungleichheit liegt. Bei all diesen Ansätzen galt der Blick nach wie vor primär vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich im Verlaufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Neuere Theorien sozialer Lagen und Milieus beziehen im Kontext der Individualisierung das subjektive Wohl (Lebenszufriedenheit) stärker ein. Sie betonen neue soziale Differenzierungen und nehmen weitgehend an, dass diese die alten (sozialen) Klassengegensätze ablösen, was kritisch zu hinterfragen ist.

Ulrich BECK³¹ vertritt eine Individualisierungsthese «jenseits von Klasse und Schicht». Er subjektiviert die Armutsfrage. Drei Aspekte kennzeichnen nach seiner Darstellung wesentliche Prozesse der Individualisierung: erstens die Herauslösung aus historisch

²⁷ LEVY, Soziale Ungleichheiten, in: CARIGIET/MÄDER/BONVIN (HG.), WÖRTERBUCH DER SOZIALPOLITIK, ZÜRICH 2003, 286-287.

²⁸ GEISSLER, Facetten der modernen Sozialstruktur - Modelle und Kontroversen, in: JÄGGI/MÄDER/WINDISCH (HG.), Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel, Social Strategies, Bern 2001, 537-551.

²⁹ DIEZINGER/MAYR-KLEFFEL, Soziale Ungleichheit. Eine Einführung für soziale Berufe, Freiburg i.Br.1999, 10.

³⁰ DAHRENDORF, Über Grenzen. Lebenserinnerungen, München 2002, 175ff.

³¹ BECK, Risikogesellschaft, Frankfurt a.M. 1996, 121.

vorgegebenen Sozialformen, zweitens der Verlust traditioneller Sicherheiten und drittens neue Formen sozialer Einbindung (dank Wahlmöglichkeiten). Aber heben diese Prozesse der Individualisierung soziale Klassen einfach auf? Dass auch gut Gebildete erwerbslos werden können, belegt nach Beck eine gewisse Klassenlosigkeit sozialer Ungleichheit. Gesellschaftliche Integration vollzieht sich nach seiner Auffassung zunehmend individuell beziehungsweise unabhängig von der Schichtzugehörigkeit. Anhand der Abhängigkeit von Institutionen zeigt sich aber sehr wohl, wie die Krisenanfälligkeit vermeintlich individueller Lagen auch durch gesamt gesellschaftliche Bedingungen geprägt ist. Stefan HRADIL³² versteht unter dem Konzept sozialer Lagen eine gruppenspezifische Bündelung struktureller Lebensbedingungen. Soziale Schliessungen sind auch politisch verordnet. Der Staat verfügt über institutionelle Leistungen. Je nach dem, wie er den Zugang regelt, erzeugt er soziale Ungleichheiten. Durch den Einbezug von Bedürfnissen nach Kommunikation, Integration, Selbstverwirklichung und Emanzipation lassen Theorien sozialer Lagen vielfältige Dimensionen sozialer Ungleichheit zu. Eine mehr horizontale Gliederung scheint die vertikale zu überlagern.

Horizontal differenzierte Ungleichheiten stehen auch bei einzelnen Modellen sozialer Milieus im Vordergrund. Sie betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin, vernachlässigen aber teilweise gesellschaftliche Gegensätze. Sie suggerieren eine Entwicklung von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Gerhard SCHULZE³³ fasst soziale Milieus als Erlebnismgemeinschaften. Er tendiert dazu, die Ursachen sozialer Ungleichheit ins Innenleben der Menschen zu verlegen. Nicht die Knappheit, sondern die Qual der Wahl prägt seiner Auffassung nach das Handeln der Menschen und die soziale Ungleichheit. Laut SCHULZE hat die Suche nach Glück die Sorge um das Materielle abgelöst. Das Erlebnis orientierte Denken ersetze das Produkte orientierte. Der Alltag verkommt so zur Lebensbühne und Verlängerung der Innenwelt. Symbolwelten scheinen frei wählbar zu sein. Diese Sicht ist heute verbreitet. Sie wird aber auch durch andere Ansätze kontrastiert, die sich an früheren Klassenmodellen orientieren und betonen, wie das Sein und die materiellen Voraussetzungen das Bewusstsein prägen. Diese Ansätze verknüpfen aktuelle Formen der Armut mit der alten sozialen Frage. Sie weisen darauf hin, wie sich soziale Gegensätze auch heute in traditioneller Manier (Verteilung von Arbeit und Einkommen) manifestieren. Ich gehe in meiner Synthese am Beispiel der Schweiz weiter darauf, wie sich alte und neue soziale Fragen durchdringen, skizziere aber zuerst Sozialstrukturanalysen, welche diese Verschränkung bereits implizieren.

9. Soziale Schichtung und Mobilität

Rainer GEISSLER³⁴ knüpft mit seinem Modell dynamisch pluralisierter Schichtstruktur an Theodor GEIGER an. Er wendet sich gegen Modelle sozialer Lagen, die am quantitativ ausgerichteten Schichtbegriff kritisieren, dass er keine wohlfahrtsstaatlichen Interventionen berücksichtige und die Umverteilung durch Transferleistungen vernachlässige. Seit den 80er Jahren besteht in der deutschen Sozialstrukturforschung die Tendenz, die Lagen- und Milieu-Modelle gegen die Schicht- und Klassenmodelle auszuspielen, so GEISSLER (ebd.). Er betrachtet Schicht und Klasse keineswegs als obsolet gewordene Begriffe, denen die sozialstrukturelle Entwicklung davon gelaufen sei. Geissler betont, dass der Mainstream der

³² HRADIL (Hg.), *Differenz und Integration*, 28. Kgr. DGS, Bd. I, Frankfurt a.M. 1997.

³³ SCHULZE, *Die Erlebnismgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart*, Frankfurt a.M. 2000 (1. A.: 1992).

³⁴ GEISSLER, *Facetten der modernen Sozialstruktur - Modelle und Kontroversen*, in: JÄGGI/MÄDER/WINDISCH (Hg.), *Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel, Social Strategies*, Bern 2001, 537-551.

deutschen Sozialstrukturforschung die realen Entwicklungen einseitig verzerrt wahrnimmt und wichtige fortbestehende Schichtstrukturen und Ungleichheiten übersieht.

Ein viel versprechender Ansatz, wie sich Struktur und Kultur sowie vertikale und horizontale Differenzierungen verbinden lassen, findet sich bei Pierre BOURDIEU³⁵. Nach seiner Theorie des sozialen Raums markiert der Lebensstil den sozialen Ort der Menschen. Angehörige der Oberschicht sind eher in der Lage, einen spielerischen Umgang mit Wissen und Werten zu pflegen als Angehörige der Unterschicht. BOURDIEU kritisiert, wie die Entdeckung kultureller Lebensstile dazu führt, die Gesellschaft mehr als Episode denn als Struktur zu betrachten. Konkurrenzbeziehungen zwischen den Handelnden kennzeichnen soziale Felder. Die Teilnahme am Spiel setzt ein Minimum an Einverständnis über die Existenz des Feldes voraus, dem spezifische Mechanismen der Kapitalisierung eigen sind. Das ökonomische Kapital ist wichtig, aber keineswegs die einzige Ressource. Nebst dem wirtschaftlichen Kapital (Vermögen) gibt es auch das soziale Kapital (Beziehungen) und das kulturelle Kapital (Bildung). Diese Differenzierung ist für die Analyse der sozialen Ungleichheit bedeutend. BOURDIEU³⁶ stellt auch den sozialen Raum mehrdimensional dar, der sich aus mannigfaltigen autonomen Feldern mit besonderen Formen der Beherrschung zusammensetzt. Dabei lassen sich asymmetrische Beziehungen zwischen Individuen und Gruppen feststellen. Sie verfestigen sich zum Vorteil einzelner und durchkreuzen andere Felder, wie etwa bei der Herrschaft von Männern über Frauen. Die Kapitalisierungsformen sind autonom und manchmal rivalisierend; zum Beispiel bei klassischen Konflikten zwischen Besitzenden von ökonomischem und kulturellem Kapital oder zwischen Mächtigen aus der Wirtschaft und Intellektuellen aus der Wissenschaft. Die Kapitalisierungsformen sind auch untereinander vielfältig verschränkt. Einzelne Akteure kumulieren wirtschaftliches, kulturelles und politisches Kapital, während andere weitgehend ausgeschlossen bleiben. Das Feld der Macht ist ein Ort, an dem verschiedene Felder und Kapitalien aufeinander bezogen sind und sich auch Beherrschende bekämpfen.

Pierre BOURDIEU verknüpft auch mit seinem Habituskonzept gesellschaftliche und individuelle Prägungen. Er dynamisiert damit die Debatten über die alte und neue soziale Frage bzw. Armut. Sozio-strukturelle Daseinsbedingungen prägen die Habitusstrukturen, die er als System relativ dauerhafter, sich wandelnder und übertragbarer Dispositionen versteht. Das verinnerlichte (inkorporierte) habituelle Dispositionssystem ist Grundlage für den sozialen Sinn, der die sozialen Akteure leitet. Der Habitus beeinflusst den Lebensstil, der mit feinen Unterschieden die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen dokumentiert, die sich im sozialen Raum positionieren und trotz Erscheinungen der Individualisierung keineswegs passé sind. Michael VESTER³⁷ verbindet die Ansätze von Max WEBER, Theodor GEIGER und Pierre BOURDIEU mit der empirischen Sinus Milieuforschung. Sein Klassenbegriff erfasst die wirtschaftlichen Positionen und die alltäglichen Lebensbedingungen der Individuen, die in sozialen Milieus auch ein (beschränktes) Eigenleben führen können. Strategien der sozialen Schliessung sind also immer auch ein Konzept zur Erhaltung der Macht. Horizontale soziale Differenzierungen basieren auf vertikalen. Neue soziale Fragen ergänzen die alten. Diese sind, wie der Wandel der Armut zeigt, zeitweise etwas in den Hintergrund geraten, gehören aber nicht der Vergangenheit an. Auch, weil der globale Wandel die soziale Brisanz verschärft.

³⁵ BOURDIEU, Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1984; DERS., Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997.

³⁶ BOURDIEU, Der Staatsadel, Konstanz 2004; DERS., Die männliche Herrschaft, Frankfurt a.M. 2005.

³⁷ VESTER, Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration, in: VESTER, Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a.M. 1997, 149-207.

V. Synthese – im Kontext des globalen und ökologischen Wandels

Der Welthandel und die Finanzströme sind, wie eingangs erwähnt, zentrumsorientiert. Das relativiert die Globalisierung, die weite Bevölkerungsteile ausklammert. Der ungleiche Austausch beschert vielen Entwicklungsregionen erhebliche Verluste und erhöht die soziale Ungleichheit. Die Konzentration der Wirtschaft refeudalisiert den Besitz. Der Globalismus gefährdet, im Unterschied zur Globalität, den sozialen Zusammenhalt. Er schwächt politische Verbindlichkeiten und stärkt autoritäre Strömungen. Die forcierte Integration in den Weltmarkt verstärkt den Ausschluss benachteiligter Regionen. Die angesprochene Verschärfung der sozialen Brisanz zeigt sich in Ansätzen auch in der reichen, privilegierten Schweiz. Sie äussert sich ebenfalls in der Forderung nach einem Grundeinkommen, das den sozialen Ausgleich fördert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Die alte, vererbte Armut schien eine vernachlässigbare Restgrösse zu sein. Neue Formen der Armut äusserten sich etwa bei Suchtmittelabhängigen, Geschiedenen oder bei Sinnkrisen. Mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er Jahre veränderte sich die Situation. Die soziale Ungleichheit verschärfte sich.³⁸ Erstens nahm seither die Erwerbslosigkeit zu. Sie ist für die alte soziale Frage und auch für die Entwicklung der Einkommen relevant. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt. Drittens orientiert sich das relativ gute System der Sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit. Es vernachlässigt damit die veränderten Lebensformen (von Alleinlebenden, Alleinerziehenden, etc.), die für die neue Armut bedeutend sind. Und viertens erhöht sich die Kluft zwischen den oberen und unteren Einkommen und Vermögen.³⁹ Dass die relative Armut (im Sinne mangelnder sozialer Sicherheit) inmitten des Reichtums stattfindet, wird in stark individualisierten Gesellschaften wie der Schweiz subjektiv besonders als Ausschluss erlebt. In absoluten Zahlen haben sich die Betroffenen stark erhöht. In weniger als vier Millionen Haushalten leben mittlerweile über 200'000 Sozialhilfeabhängige, 100'000 Erwerbslose, 300'000 IV-Beziehenden und 200'000 working poor. Damit besteht ein grosses «Ausschlusspotenzial». Die heterogenen Ursachen veranschaulichen, wie sich alte und neue Formen sozialer Benachteiligung durchdringen und die Existenzsicherung gefährden.

Die soziale Frage lässt sich heute weder auf die alte «Arbeiterfrage», noch auf die neue, mehr immaterielle Dynamik von Integration und Ausschluss reduzieren. Nebst dem Zugang zu Produktionsmitteln und der Verteilung von Arbeit und Erlös sind Lebenslagen und soziale Milieus bedeutend. Neue Formen der (Des-)Integration und Ausgrenzung gehören mit ihren individuell spezifischen Ausprägungen dazu. Sie beeinflussen die aktuellen sozialen Fragen und bringen soziale Differenzierungen mit sich, die sich aber keineswegs nur horizontal verorten lassen. Der soziale Raum ist mehrdimensional. Er vereint die alte materiell geprägte soziale Frage mit der neuen, die sich besonders in der Dynamik zwischen neuen Mechanismen der Integration und des Ausschlusses manifestiert. Nebst neuen sozialen Differenzierungen bleiben alte vertikale bedeutsam. Die Integration beider Zugänge und Sichtweisen macht für mich die dynamische Forschung über die Existenzsicherung aus. Sie bezieht zum einen Prozesse der Integration und des Ausschlusses ein, die Individuen und soziale Gruppen auch psycho-sozial betreffen; zum andern berücksichtigt sie aber auch, dass sich die Veränderungen von Milieus und Lebenslagen in einem sozialstrukturellen System vollziehen, das nach wie vor festlegt, was oben und unten ist. Als fatal erweist sich für viele Haushalte die einseitige Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit. Neue Formen der

³⁸ MÄDER, Für eine solidarische Gesellschaft, Zürich 1999.

³⁹ MÄDER/STREULI, Reichtum in der Schweiz, Zürich 2002.

Existenzsicherung weisen auf die Notwendigkeit hin, Arbeit und Einkommen teilweise zu entkoppeln. Die neue soziale Frage ist eng mit der Dynamik von Integration und Ausschluss verknüpft. Sie löst jedoch die alte soziale Frage keineswegs ab, die auch eine bessere Verteilung und Entlohnung der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeit und einen globalen Ausgleich erfordert.

Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) genüge den Entwicklungsregionen die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmekquoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien einer Transnationalen Demokratie unterscheiden Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpfen will. Kommunitäre Ansätze zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Der wirtschaftsfreundliche Soziologe Ralf DAHRENDORF⁴⁰ will keine Weltregierung, sondern eine bessere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Er plädiert für eine Bürgergesellschaft, in der die Assoziationen der Menschen wichtiger sind als der Staat, der ein Grundeinkommen mit verbindlichem Minimal-Lohn garantieren müsse, was, wie ausgeführt, kontrovers diskutiert wird. Die einen befürchten einen demotivierenden Einfluss auf die Erwerbsarbeit, andere erhoffen sich eine Entlastung sozial Benachteiligter. Wenn es nicht gelingt, der ausgeprägten Wettbewerbsfähigkeit ein starkes Element des sozialen Ausgleichs und Zusammenhalts hinzuzufügen, befinden wir uns jedenfalls laut Dahrendorf auf dem Weg in ein autoritäres 21. Jahrhundert.

Autor

Ueli Mäder ist Professor für Soziologie an der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Er leitet den Nachdiplomstudiengang in Konfliktanalysen und Konfliktbewältigung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die soziale Ungleichheit.

⁴⁰ DAHRENDORF, in: PONGS, In welcher Gesellschaft leben wir?, München 1999, 87-105.